



# HESSISCHER LANDTAG

05. 02. 2014

Plenum

## **Antrag der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration von jugendlichen, heranwachsenden sowie volljährigen Ausländerinnen und Ausländern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass der Bundestag beabsichtigt, Menschen, die sich in Deutschland nachhaltig integriert haben, mit der geplanten Einführung der stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung eine Perspektive zu eröffnen. Des Weiteren wird durch die Vereinfachung der Anforderung an die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Jugendliche und Heranwachsende der besonderen Integrationsfähigkeit der Betroffenen Rechnung getragen. Damit wird ein wichtiger Beitrag für das Zusammenleben und zur Verbesserung der Integration geleistet.
2. Die Landesregierung wird gebeten, die Ausländerbehörden anzuweisen, vor Einleitung etwaiger Rückführungsmaßnahmen in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die ausreisepflichtige Person unter Zugrundelegung der Bundesratsdrucksache 505/12 voraussichtlich begünstigt werden soll und ihr im Ermessenswege eine Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG erteilt werden kann.

### **Begründung:**

CDU und SPD haben im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart, eine stichtagunabhängige Bleiberechtsregelung einzuführen. Von dieser sollen lange in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer profitieren, die sich nachhaltig integriert haben, aber dennoch von bestehenden stichtaggebundenen Bleiberechtsregelungen nicht profitieren konnten. Zudem sollen die Anforderungen im § 25a AufenthG für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende vereinfacht werden. Grundlage der geplanten Initiative soll laut Koalitionsvertrag die Bundesratsdrucksache 505/12 sein, die im März 2013 im Bundesrat beschlossen wurde, jedoch im Juni 2013 zunächst keine Mehrheit im Bundestag fand. Aufgrund der konkreten Koalitionsvereinbarung ist davon auszugehen, dass die Bundesregierung zeitnah ein Gesetzgebungsverfahren einleiten und die Initiative eine parlamentarische Mehrheit finden wird. Es erscheint daher falsch, Rückführungsmaßnahmen bei Personen einzuleiten, die von den zu erwartenden Regelungen profitieren würden. Der niedersächsische Minister für Inneres und Sport hat die niedersächsischen Ausländerbehörden im Januar 2014 bereits entsprechend angewiesen.

Wiesbaden, 5. Februar 2014

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Wagner (Taunus)**

Für die Fraktion der FDP  
Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Rock**